

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter, Winfried Hermann, Alexander Bonde, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/543 –**

Umstellung der Finanzierung von Neu- und Ausbauprojekten in Bundes-schienenwege

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die mit Bundesmitteln zu finanzierenden Anteile der Gesamtkosten von Neubau- und Ausbauinvestitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes in Höchstbetragsvereinbarungen festzuschreiben.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/543 abzulehnen.

Berlin, den 25. Oktober 2010

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Winfried Hermann
Vorsitzender

Ulrich Lange
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Ulrich Lange

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/543** in seiner 22. Sitzung am 10. Februar 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die mit Bundesmitteln zu finanzierenden Anteile der Gesamtkosten von Neubau- und Ausbauinvestitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes in Höchstbetragsvereinbarungen festzuschreiben.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/543 in seiner 10. Sitzung am 24. Februar 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 7. Juli 2010 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte, sie halte Höchstbetragsvereinbarungen für nicht praktikabel. Man könne zu Beginn großer Infrastrukturprojekte nicht alles im Detail

festlegen. Höchstbetragsvereinbarungen führten aber dazu, dass alle Eventualitäten einkalkuliert werden müssten.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, das Begehren der Antragsteller sei nachvollziehbar; es gehe hier um den sparsamen Einsatz von Bundesmitteln. Man teile die in dem Antrag vertretene Auffassung grundsätzlich, würde diese aber anders formulieren. Deshalb werde man sich der Stimme enthalten.

Die **Fraktion der FDP** bemerkte, die Möglichkeiten der DB Netz AG, Abschreibungen für Mehrkosten selbst zu verdienen, seien begrenzt. Zudem müsse die Politik auch die Möglichkeit behalten, Infrastrukturmaßnahmen unabhängig von betriebswirtschaftlichen Überlegungen der DB Netz AG zu initiieren.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, sie unterstütze den Antrag. Die darin vorgeschlagene Maßnahme würde dazu führen, dass es eine ehrlichere Berechnung der Kosten-Nutzen-Verhältnisse bei großen Infrastrukturprojekten gebe als dies heute der Fall sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vertrat die Auffassung, der Anreiz für die DB AG, nur solche Projekte voranzutreiben, die langfristig sinnvoll seien, sowie der Anreiz für einen sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln nähmen durch Höchstbeträge zu, weil das eigene wirtschaftliche Risiko der DB Netz AG dadurch steige.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/543.

Berlin, den 25. Oktober 2010

Ulrich Lange
Berichterstatter

